

Schweizerische Gesandtschaft

in
Berlin

Berlin, den 16. Dezember 1925.

R/H.

*Zu Zu Kulechov**19. XII. 25**N^o 187 21. XII. 1925.**Zurück am
23. XII 25
L*

Politischer Bericht No. 23/1925.

Herr Bundesrat,

Es ist müssig, während der Dauer der Bemühungen um die Bildung des neuen Kabinetts Betrachtungen anzustellen, die vielleicht schon vor Eintreffen des Berichts in Bern durch die Presse bestätigt oder als unrichtig widerlegt sind und auf alle Fälle nur einen ganz vorübergehenden Wert haben können. Ich beschränke mich deshalb auf eine kurze Skizzierung der Lage und die Mitteilung der Voraussage eines Gewährsmannes.

Wie ich in meinem letzten Bericht meldete, rechnete man mit der Bildung eines Kabinetts der Mitte, das als vorübergehend gedacht sei und später zu einer grösseren Koalition erweitert werden solle. Inzwischen hat, da sowohl die Deutsche Volkspartei als auch die Sozialdemokraten ein Zusammenarbeiten nicht grundsätzlich ablehnten, der Reichspräsident den Auftrag zum Versuch der Bildung einer Koalitionsregierung mit den beiden genannten Parteien als Flügelpartei gegeben. Nachdem der Zentrumsführer Fehrenbach die

An den

Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes,

Herrn Bundesrat M o t t a ,

B e r n .

Uebernahme dieser Aufgabe ablehnte, hat sie der demokratische frühere Minister Koch auf sich genommen. Die Sozialdemokratische Partei hat aber ihren Eintritt in die Regierung von der vorherigen Zustimmung der andern in Betracht fallenden Parteien zu einem Programm abhängig gemacht, das in 13 Punkten auf steuerrechtlichem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet weitgehende Postulate enthält und in diesem Umfange von der Deutschen Volkspartei als unannehmbar bezeichnet wurde. Koch hat nun selbst ein Programm von 21 Punkten aufgestellt, auf Grund dessen er eine Verständigung zwischen den mutmasslichen Koalitionsparteien herbeizuführen sucht. Wird darüber auch täglich beraten, und zeigt sich auch die demokratische Presse hinsichtlich des Zustandekommens der grossen Koalition optimistisch, so kann man doch überall hören, dass die Verhandlungen nur eine Geste seien, dass im Grunde genommen die Deutsche Volkspartei doch nicht mit den Sozialisten in eine Regierung wolle, dass auch den Letzteren am Eintritt in dieselbe zurzeit nicht gelegen sei, und dass nur jede Partei der andern die Verantwortung für das Scheitern der Koalition zuzuschreiben suche.

Der über die Vorgänge in der deutschen Politik gewöhnlich gut unterrichtete Bayerische Gesandte von Preger erklärte mir folgendes: Die grosse Koalition werde nicht zustande kommen; denn weder die Deutsche Volkspartei, noch die Sozialdemokraten wünschen sie im Ernste. Der Versuch zu ihrer Bildung werde unternommen, um die gegenwärtige Unmöglichkeit darzutun. Darum sei auch jetzt noch nicht Luther mit der Kabinettsbildung betraut worden, damit er

sich nicht an der nutzlosen Bemühung verbrauche. Er werde aber nach dem Scheitern der Koalition der Mann sein und ein Kabinett der Mitte bilden, dem die Pfeiler des bisherigen angehören werden: Nebst Luther selbst Stresemann, Brauns und Gessler, der sich voraussichtlich doch zum Verbleiben bestimmen lasse. Der bisherige Landwirtschaftsminister Graf Kanitz werde möglicherweise ausscheiden. Dieses durch einige noch zu suchende Namen ergänzte Kabinett der Mitte werde sich wenigstens einige Zeit halten können durch die Gegensätze zwischen rechts und links, indem es je nach der jeweiligen Lage von den Deutschnationalen oder den Sozialdemokraten gehalten werde. Die nächste Zeit wird über die Richtigkeit dieser Voraussage Auskunft geben. Kommt aber, was wahrscheinlich ist, eine Einigung über die grosse Koalition bis Morgen nicht zustande, so wird die Krise, da der Reichstag auf alle Fälle auf Morgen Abend auseinandergeht, bis über Neujahr andauern. Der Demokrat Dernburg gibt den Chancen in der Koalition 50%, Stresemann keine 40. Letzterer betrachtete es übrigens, so wie er in den Besprechungen bereits über die Krisenzeit hinaus disponiert, als selbstverständlich, dass er dem neuen Kabinett angehören wird, was übrigens allgemein als sicher gilt.

Die wirtschaftliche Lage lässt es für begreiflich erscheinen, dass die Sozialdemokraten keine grosse Geneigtheit haben, während der nächsten Zeit die Mitverantwortung für die Regierungsführung zu tragen oder doch ihre Mitwirkung von einem stark nach links gerichteten Programm abhängig machen. Die grosse Geldknappheit hat bereits starke Einstellungen oder doch Beschränkungen von Betrieben zur Folge gehabt, die noch bedeutend zunehmen sollen. Die Zahl

der Arbeitslosen ist einzig in Berlin in kürzester Zeit von rund 30 auf rund 130 000 gestiegen und nimmt immer noch zu. In ganz Deutschland soll sie bereits die Million überschritten haben. Sich der hungernden und frierenden Massen durch Einbringung von Vorlagen anzunehmen, ist für die Sozialdemokratische Partei eine ebenso dankbare programmatische Pflicht wie ein parteipolitisches Propagandamittel und eine Massnahme zur Abwehr der Uebertrumpfung durch die Kommunisten. Ausserhalb der Regierung wird sie hierin eine grössere Aktionsfreiheit besitzen.

Der Reichsbankpräsident Schacht sieht für die deutsche Wirtschaft noch schwere Uebergangszeiten voraus. Zwar lässt er keinen Zweifel an der Beständigkeit der deutschen Währung aufkommen. Auch erblickt er im Dawes-Plan eine wirtschaftliche Rückversicherung, bestehend im Interesse des Gläubigers an der Solvenz des Schuldners, und schliesslich hält er dafür, dass gerade die Anstrengungen, die Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen machen muss, dessen Leistungsfähigkeit erhöhen werden. Er sieht es jedoch kommen, dass vor einer Aufrichtung der Wirtschaft noch zahlreiche Gebilde und Existenzen derselben zu Grunde gehen werden, was menschlich zu bedauern, aber zum Gesundungsprozess notwendig sei. In Regierungskreisen sieht man dieser Entwicklung mit politischer Sorge entgegen, denn man hält die Gefahr revolutionärer Putschversuche von links oder rechts nicht für ausgeschlossen.

Nach der Ansicht des französischen Generals in der Militärkontrollkommission, der Berlin nur ungern verlässt, hat sich die deutsche Regierung in der Erfüllung ihrer Abrüstungspflicht widerspenstig und hinterhältig erwiesen.

Er erzählte mir kürzlich verschiedene Beispiele, in denen er eine Sabotierung oder Umgehung der Weisungen der Kommission erblickt.

Den Eintritt in den Völkerbund wird die Deutsche Regierung, wie mir Stresemann sagt, u.a. davon abhängig machen, dass die deutsche Sprache als eine der offiziellen Sprachen anerkannt wird. Als Vertreter des Aussenministers im Völkerbundsrat ist der Deutsche Botschafter in Paris, von Hoesch, unter Belassung auf seinem Posten in Aussicht genommen.

Der Englische Botschafter, Lord D'Abernon, wird nicht, wie früher in der Presse gemeldet, auf Ende des Jahres zurücktreten, sondern erst im April oder Mai nächsten Jahres. Sie werden vielleicht gelesen haben, dass als sein Nachfolger Rumbold in Aussicht genommen sei. Stresemann erklärte mir aber, dass dieser das Agreement nicht erhalten werde. Da er sich früher, als er für Berlin in Frage stand, geäußert habe: "Was habe ich verbrochen, dass ich nach Berlin gehen soll" werde ihm die Uebernahme dieses Postens von deutscher Seite nicht zugemutet werden.

Hinsichtlich der Beziehungen zu Russland erlaube ich mir, auf meinen heutigen eingehenden Spezialbericht zu verweisen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

Hipsmahl

unmöglich!
M

früher in Berlin.